

K-3

Titel Dem ländlichen Raum im Saarland Zukunft geben – Kommunen im ländlichen Raum neu denken

AntragstellerInnen Saarbrücken-Land

Zur Weiterleitung an SPD Landesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Dem ländlichen Raum im Saarland Zukunft geben – Kommunen im ländlichen Raum neu denken

- 1 Forderung:
- 2 Die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum unter dem Aspekt der Gleichwertigkeit zu urbanen Räumen und
- 3 strukturstarken Regionen zu entwickeln, erfordert eine Reihe von Maßnahmen aus unterschiedlichen Politik-
- 4 feldern. Daher fordern wir in den Bereichen:
- 5 Mobilität – Alternativen fördern und Strukturen auf- statt abbauen:
- 6 • Den vollumfänglichen Ausbau des ÖPNV. Mindestens 2 Anfahrten pro Ort und Tag auch an Wochenenden.
- 7 Zudem sollen Rufbus-Angebote die außerplanmäßige Nachfrage bedienen.
- 8 • Langfristig gebührenfreien ÖPNV. Kurzfristig müssen aber überall Lösungen geschaffen werden, die wirt-
- 9 schaftlich Schwachen, Kindern, Jugendlichen und Älteren Ermäßigungen zugestehen.
- 10 • Den Ausbau und die Reaktivierung von Schienenverkehrsangeboten auch abseits der Ballungsräume.
- 11 • Die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen nicht kommerziellen Mitfahrinitiativen, Bürgerbussen
- 12 etc.
- 13 • Die nahtlose Verzahnung der unterschiedlichen Mobilitätsangebote hinsichtlich Taktung und Bezahlung –
- 14 organisiert durch einen Verkehrsbetrieb für das Saarland. Wir setzen uns für die Schaffung eines Verkehrsver-
- 15 bundes für die Großregion ein.
- 16 • Den geförderten Ausbau einer angebotsorientierten flächendeckenden Ladestruktur für E-Mobilität und Was-
- 17 serstofftankstellen.
- 18 • Die Förderung des Alltagsradverkehrs durch den Ausbau von Radwegen, Fahrradschnellstraßen und Mitnah-
- 19 memöglichkeiten im ÖPNV.
- 20 Nahversorgung – grundlegenden Bedürfnissen gerecht werden:
- 21 • Es soll stets die Möglichkeit gewährleistet sein, täglich postalische Versendungen vorzunehmen und zu emp-
- 22 fangen.
- 23 • Zugang zu wohnortnahen Nahversorgungsmöglichkeiten für alle Menschen durch eine verzahnte Struktur
- 24 aus kommunalen, genossenschaftlichen und privaten, sowohl stationären als auch mobilen Angeboten.
- 25 • Wohnortnaher Zugang zu Geldautomaten, Briefkästen und Packstationen in allen Ortschaften. An den Geld-
- 26 automaten soll es möglich sein, mit Debitkarten und Kreditkarten Geld abzuheben. Des Weiteren muss bar-
- 27 geldloses Bezahlen auch auf dem Land zum Standard werden.
- 28 • Die Professionalisierung von Vermarktungsinitiativen aus der Region, da gerade Direktvermarkter eine grö-
- 29 ßere Zielgruppe ansprechen und Wirtschaftlichkeit auch in kleinen Orten generieren.

- 30 • Vereinfachte und verbesserte Rahmenbedingungen für Genossenschaftsmodelle im Einzelhandel, beispiele-
31 weise Dorfläden.
- 32 Netzausbau – 5G an jeder Milchkanne:
- 33 • Den konsequenten Ausbau der Breitbandinfrastruktur mit Glasfaserkabeln und den Verzicht der Vectoring-
34 Technologie. Der favorisierte Ansatz sollte FTTH sein.
- 35 • Den konsequenten Ausbau der Mobilfunknetze. Die Funklöcher, gerade in wenig besiedelten Gebieten und
36 entlang von Bahntrassen sowie Autobahnen müssen verschwinden; Telefonie und Mobile Daten sollen überall
37 in adäquater Qualität verfügbar sein.
- 38 • Öffentliche WLAN-Hotspots an zentralen Plätzen von Gemeinden sowie in Dorfgemeinschaftszentren und
39 an allen öffentlich zugänglichen Plätzen der öffentlichen Verwaltung, die durch Bund und Länder finanziert
40 werden.
- 41 Medizinische Versorgung – flächendeckend und kooperativ :
- 42 • Krankenhäuser müssen im ländlichen Raum erhalten bleiben. Die Daseins-Vorsorge ist wichtiger als das
43 betriebswirtschaftliche Ergebnis.
- 44 • Kommunale Fachärzte und Therapiezentren. Fachärzte (und Therapeuten) müssen auch in der Fläche verfü-
45 bar sein. In kommunaler Zusammenarbeit können verschiedene Fachärzte (und Therapeuten) in einem Haus
46 angesiedelt werden.
- 47 • Die Ermöglichung von Kooperationen und Zusammenarbeit in allen geeigneten Formen sowie die Einrichtung
48 von kommunalen Praxen und Zweigpraxen.
- 49 • Es soll stets die Möglichkeit gewährleistet sein, täglich Medikamente und medizinische Notwendigkeiten zu
50 empfangen.
- 51 • Die sinnvolle Weiterentwicklung und schrittweise Anwendung von E-Health-Lösungen.
- 52 • Eine stärker interdisziplinäre und professionsübergreifende Ausrichtung der Gesundheitsversorgung.
- 53 • Stipendien, Programme und finanzielle Unterstützung für angehende Landärzt*innen und eine Landärzt*in-
54 nenquote für Medizinstudiengänge nach dem Vorbild in Rheinland-Pfalz.
- 55 • Höhere Löhne in der Pflege. Qualifiziertes Personal muss entsprechend der Bedeutung dieser Arbeit entlohnt
56 werden.
- 57 • Schaffung von finanziellen Anreizen und einer entsprechenden Infrastruktur für Ärzt*innen, die sich dazu
58 entschließen, eine Praxis auf dem Land zu eröffnen.
- 59 Wohnungspolitik – Dorfentwicklung und Wohnraumpolitik als Partner
- 60 • Finanzmittel, die den Abriss und Rückbau nicht bewohn- und sanierbarer Immobilien sowie Gemeindeum-
61 baumaßnahmen in finanzschwachen Kommunen übernehmen.
- 62 • Zugriffsmöglichkeiten auf nicht bewohn- und sanierbare Immobilien sowie auf Leerstände bei entsprechen-
63 der Wohnraumnachfrage in Kommunen nach spätestens fünf Jahren.
- 64 • Eine aktive Bodenpolitik, die Grunderwerb zu sozial erschwinglichen Preisen ermöglicht und einen ausrei-
65 chenden Bestand an bezahlbarem Mietwohnraum sicherstellt.
- 66 • Unterstützung zur Sanierung und Modernisierung alter Bausubstanzen.
- 67 • Initiativen für Wohnungsbaugenossenschaften.
- 68 • Mieter*innen, die in einem privaten Gebäude wohnen, sollen es einfacher haben, sich zusammenzutun und
69 eine Wohnungsbaugenossenschaft zu gründen. Über die kommunalen Sparkassen sollen dann Möglichkeiten
70 der Finanzierung des Erwerbs der Immobilie gefunden werden.
- 71 • Finanzmittel durch Bund und Länder für die Kommunen für den Erwerb eines Grundstückes, welches für die
72 Schaffung bedarfsorientierten bezahlbaren Wohnraums genutzt werden muss.

- 73 • Finanzmittel durch Bund und Länder für Private und Kommunen, für Umbaumaßnahmen von Häusern mit
74 dem Ziel, bezahlbare, klimafreundliche kleine Wohneinheiten oder barrierefreie Wohneinheiten und Zweck-
75 verbände zu schaffen.
- 76 • Finanzmittel durch Bund und Länder zur Sanierung und Nutzbarmachung denkmalgeschützter Gebäu-
77 de.
- 78 Verwaltung und Partizipation – Bürgernähe und flache demokratische Strukturen
- 79 • Stärkere interkommunale Zusammenarbeit, solange das nicht den Interessen der Kommunen wider-
80 spricht.
- 81 • Die Digitalisierung der Verwaltung und den entsprechenden Umbau der Strukturen.
- 82 • Den Ausbau demokratischer Beteiligungsformen vor Ort, wie die Bildung von Ortsteilräten.
- 83 • Größere Einflussmöglichkeiten und eigene Finanztöpfe für Ortsteilräte und ähnliche kommunale Beteili-
84 gungsformen.
- 85 Kindertagesstätten und Schulen – strukturelle Schwächen Überwinden
- 86 • Gut ausgestattete Schulen in ländlichen Räumen und gesetzliche Lösungen bei Mindestschüler*innenzah-
87 len.
- 88 • Ein attraktives Arbeitsumfeld für Lehrer*innen auch in ländlichen Räumen zu schaffen z.B. durch eine Kin-
89 dertagesstättenlandschaft, die Arbeit und Familiengründung miteinander vereinbaren lässt.
- 90 • Wir wollen sicherstellen, dass Schulen, Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie Kindertageseinrichtungen
91 bedarfsgerecht in zumutbarer Nähe und Erreichbarkeit liegen.
- 92 • Die soziale Infrastruktur, wie Bibliotheken und Jugendarbeit, muss zur kommunalen Pflichtleistung erklärt
93 werden.
- 94 • Schwimmunterricht muss überall in ausreichendem Umfang gewährleistet sein. Schwimmbäder sind damit
95 auch ein Beitrag zur öffentlichen Sicherheit und Daseinsvorsorge. Wir fordern, dass alle Schüler und Schüle-
96 rinnen der Klassenstufe 3 (Grundschule) sowie Klassenstufe 5 und 7 der weiterführenden Schulen eine Block-
97 veranstaltung im Schuljahr haben (max. eine Woche), die in Kooperation mit Schwimmbädern und Vereinen
98 (DLRG) besteht. Dadurch können wir sicherstellen, dass alle SuS wieder das Schwimmen erlernen und sicher
99 schwimmen können
- 100 Ehrenamt als Kernelement kommunalen Zusammenhalts
- 101 – Jedem Kommunalgremium soll für seine Ortschaft ein Budget zur Verfügung gestellt werden, mit dem Verei-
102 ne und Initiativen bezuschusst werden, die die Koordination für Ehrenämter übernehmen und somit kulturelle
103 und ehrenamtliche Aktivitäten ermöglichen.
- 104 • Es sollen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, in denen ehrenamtliches Engagement Platz zur frei-
105 en Entfaltung hat (Vergleiche kommunale Vereinshausmodelle). Dabei müssen die Bedarfszahlen an die tat-
106 sächlichen Nutzungszeiten angepasst werden.
- 107 Kinder und Jugendpolitik – Partizipation als Bindungsfaktor
- 108 • Kinder- und Jugendbeauftragte und eine umfangreiche Jugendarbeit, die sich den Strukturen in den Ortschaft-
109 en anpasst.
- 110 • Die verpflichtende Einsetzung von Jugendbeiräten in allen Städten und Gemeinden und eine entsprechende
111 Änderung des KSVG. Den Mitgliedern soll ein Anhörungs- und Rederecht zu jugendpolitischen Themen in den
112 betreffenden kommunalen Räten eingeräumt werden.
- 113 • Die aktive Unterstützung zur Gründung und finanzielle Förderung von Jugendbeiräten.
- 114 • Räume zur freien Entfaltung für Jugendliche (Jugendzentren etc.) sowie Spielplätze und die Sanierung von
115 Spielanlagen für Kinder.

116 • Um einen Beitrag für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten, fordern wir die finanzielle und
117 personelle Unterstützung der lokalen Vereine, schwerpunktmäßig in der Jugendarbeit, die ebendies bezwe-
118 cken.

119 Das Saarland ist bis auf wenige Ausnahmen, wie beispielsweise der Landeshauptstadt stark vom ländlichen
120 Raum in unterschiedlich starker Ruralität geprägt. Trotz der unterschiedlich starken Ausprägung sind in den
121 ländlichen Regionen des Saarlands ähnliche strukturelle Probleme und Herausforderungen vorhanden, die
122 es in den verschiedenen Problembereichen – sei es die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, sei es im
123 Bereich der Verwaltung – zu lösen gilt. Die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe für alle Bürger*innen ist Kern jung-
124 sozialistischer Kommunalpolitik. Deshalb dürfen auch unter der Maßgabe der Gleichwertigkeit der Lebensver-
125 hältnisse einzelne Ortschaften nicht unberücksichtigt bleiben, egal ob es um die Versorgung mit Gütern des
126 täglichen Gebrauchs, die medizinische Versorgung oder der Anschluss an den regionalen ÖPNV geht.

127 Diese Probleme unterscheiden sich teils sehr stark, beispielsweise in der demographischen Entwicklung und
128 den damit zusammenhängenden Fragen der Daseinsvorsorge Bildung, Pflege Wohnraum etc, von den aktu-
129 ellen und künftigen Herausforderungen urbaner Räume . Deshalb ist es unter dem Ziel der Schaffung gleich-
130 wertiger Lebensverhältnisse notwendig, eine spezifische Vision, unter der Berücksichtigung der Besonder- und
131 Eigenheiten des ländlichen Raums für diesen zu entwerfen. Weiterhin ist es notwendig und sinnvoll, diese Vi-
132 sion auf die regionalen Besonderheiten des Saarlandes anzupassen und damit beispielsweise relativ flache
133 Verwaltungsstrukturen, strukturpolitische Besonderheiten (z.B. individualverkehrsorientierte Mobilitätskon-
134 zepte und die damit verbundenen schwachen Strukturen im Bereich Bus- und Bahnverkehr) aber auch die
135 relativ zentraleuropäische Lage in Nachbarschaft zu Luxembourg und Frankreich zu berücksichtigen.

136 Die größte Herausforderung, um den ländlichen Raum attraktiver zu gestalten und einer, auch im Saarland
137 fortschreitenden, Abwanderung von vor allem jungen und gut ausgebildeten Menschen in urbane Zentren
138 entgegenzuwirken, ist eine vielschichtige Politik im Bereich der Infrastruktur und Daseinsvorsorge notwendig,
139 die ausdrücklich auch die Belange junger Menschen noch stärker fokussiert. Denn nur so können wir erreichen,
140 dass eine Vielzahl dieser jungen Menschen im Saarland bleiben wollen und es als Region wahrnehmen, in der
141 sie sich gerne engagieren möchten, in der sie Zukunftsperspektiven sehen und die ihnen lebenswert erscheint.
142 Nur gut angebundene ländliche Räume mit starken Strukturen vor Ort, einer funktionsfähigen Verwaltung, at-
143 traktiven Bildungsangeboten und einer guten Versorgung in den Bereichen Medizin und Kinderbetreuung kön-
144 nen sich strukturell gegenüber urbanen Zentren behaupten und auch wieder eine Anziehungskraft aufgrund
145 eigener Attraktivität generieren.

146 Ziel dieses Antrages ist es dem ländlichen Raum im Saarland eine jungsozialistische Vision zu geben auf
147 deren Basis wir unsere Arbeit in den kommunalen Parlamenten voranbringen können, uns zu den Problemen
148 aber vor allem auch unseren Lösungsansätzen sprechfähig zu machen und konkrete Forderungen an die
149 Landesregierung stellen zu können um eine sozial, demographisch und ökologisch nachhaltigere Entwicklung
150 der ruralen Räume im Saarland voran zu bringen.

151

152 **Begründung**

153 Mündlich.